

Graz, 15. September 2010

150 steirische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker fordern kommunales Hilfspaket

Anlässlich des 11. Steirischen Städtetages, der Vollversammlung des Österreichischen Städtebundes, Landesgruppe Steiermark fordern die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der größten steirischen Gemeinden mehr Mitsprache bei der Gestaltung öffentlicher Leistungen.

Städte und Gemeinden leisten einen immer höheren finanziellen Beitrag zu Pflegeleistungen oder zur kommenden Mindestsicherung, ohne auf die Ausgestaltung einwirken zu können. Umso bemerkenswerter ist es, dass andere wichtige Leistungen wie Gratiskindergarten oder verpflichtendes Kindergartenjahr vorbildlich von den Gemeinden umgesetzt wurden. So wurde für alle 5-jährigen in städtischen Betreuungseinrichtungen ein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt und zudem weitere Krippenplätze geschaffen. Auch Landeshauptmann Franz Voves forderte in seinen Grußworten, „wenn wir das Kleine und die Identität erhalten wollen, müssen wir in größeren Dimensionen denken“ – das bedeutet natürlich auch über intensivere Kooperation nachzudenken, wie Voves betonte.

Zusätzliches Geld und Finanzierungsentflechtung notwendig

Um auch weiterhin all diese Leistungen in gewohnter Qualität anbieten zu können, bedarf es jedoch Reformen. Einerseits einer Bündelung von Finanzierung und Leistungserbringung „dort wo sie benötigt und erbracht werden“, wie zum Beispiel bei der Kinderbetreuung. Nach dem Motto: „Wer zahlt schafft an!“, sollte auch bei der Pflege den Kommunen entweder mehr Mitspracherecht eingeräumt werden oder die Finanzierung der Pflege langfristig durch einen Pflegefonds sichergestellt werden, um nur ein Themenfeld zu nennen. Unterstützung nach mehr Geld ist jedenfalls von den Ländern sicher: „Länder und Gemeinden sollten an jedem Cent von neuen Einnahmen des Bundes beteiligt sein“, zitierte der Landeshauptmann einen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz.

Die steirischen Städte fordern daher eine offene Diskussion über Struktur und Finanzierungsreformen sowie mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung von Leistungen der Daseinsvorsorge. Bürgermeister Rosenberger forderte daher in seinem Bericht: „Städte und Gemeinden sollten stärker Ernst genommen werden“, so haben Österreichweit die steirischen und oberösterreichischen Gemeinden die niedrigsten Überschüsse. Und innerhalb der betroffenen Gemeinden sind es wiederum die Städte, die durch steigende Transferzahlungen am stärksten betroffen sind, so zitierte Bgm. Rosenberger aus einer aktuellen Stu-

die des KDZ. Bgm. Rosenberger zur aktuellen Steuerdiskussion: „Wir brauchen keine neuen Steuern, sondern ein reformiertes Steuersystem, um auch weiterhin die hohe Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden garantieren zu können.“

Information über den Österreichischen Städtebund

Der Österreichische Städtebund ist die kommunale Interessenvertretung von insgesamt 246 Städten und größeren Gemeinden. Etwa 65 Prozent der Bevölkerung und 71 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in Österreichs Ballungsräumen. Der Landesgruppe Steiermark gehören 62 steirische Gemeinden an - darunter praktisch alle Städte und die Landeshauptstadt Graz. Der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Steiermark ist als eigenständiger Verein organisiert und verfügt über ein eigenes Budget. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Neben dem Steiermärkischen Gemeindebund, der die kleineren Gemeinden vertritt, ist der Österreichische Städtebund als Gesprächspartner für den Landtag Steiermark ausdrücklich in der Landesverfassung erwähnt.

Rückfragenhinweis:

Dr. Stefan Hoflehner, Landesgeschäftsführer
Mag. (FH) Michael Leitgeb, Pressereferent
Tel. 0664/512 02 60 (Dr. Hoflehner)
Tel. 0664/88 59 43 59 (Mag. (FH) Leitgeb)
www.steirischer.staedtebund.at